

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/116

Bonn, den 23. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Nur Kleins Erbtchen...</u>	49

Zonenrandförderung - Stiefkind des Bundeswirtschaftsministers

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

2 - 3	<u>Ausbildungsförderung</u>	84
-------	-----------------------------	----

Bundesregierung weit im Rückstand

Von Brigitte Freyh, MdB

4	<u>Regierung und Parlament</u>	41
---	--------------------------------	----

Theorie und Praxis eines parlamentarischen Geschäftsführers

Von Wolfgang Jansen

5 - 6	<u>Treffpunkt Bukarest</u>	64
-------	----------------------------	----

Auswirkungen des chinesisch-russischen Konflikts

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

+ + +

Nur kleine Brötchen...

Zonenrandförderung - Stiefkind des Bundeswirtschaftsministers

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

In diesen Tagen steht im Gesamtdeutschen Ausschuß des Bundestages wieder die Zonenrandförderung zur Diskussion. Die Bundesregierung hat den Ausschußmitgliedern einen Bericht zugeleitet, der (warum eigentlich?) ausdrücklich den Vermerk trägt "Nur für den Dienstgebrauch". Es soll daher hier nicht zu Einzelheiten des Berichtes Stellung genommen werden, nur einiges zur Gesamtsachlage der Zonenrandförderung der Bundesregierung gesagt werden.

Die Zonenrandförderung ist nicht das leidenschaftlichste Anliegen des Bundeswirtschaftsministers, obwohl er mit Nachdruck dagegen gekämpft hat, sie anderen Ministerien zuzuordnen. Als Minister Schmücker sein Amt kaum übernommen hatte, luden ihn die Zonenrandkammern nach Kassel zu einem Referat ein. Man erwartete dort die Vorstellungen des neuen Ministers zur Zonenrandförderung zu hören. Er sprach über viele Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik. Das von allen erwartete Thema berührte er nur am Rande und überließ es in der Hauptsache dem zuständigen Referenten.

- \* Bei den Zonengrenzfahrten des Gesamtdeutschen Ausschusses war
- \* der zuständige Ressortminister nicht einen einzigen Tag selbst
- \* zugegen. Der Gesamtdeutsche Ausschuß hat ihn in keiner seiner
- \* Sitzungen jemals zu sehen bekommen. Das Problem scheint ihm
- \* nicht zu liegen, also überläßt er es seiner zuständigen Staats-
- \* sekretär und den diesen nachgeordneten Instanzen.

Die Zonenrandförderung des Bundes ist deshalb auch in vielen Gebieten eine Politik der kleinen Pflästerchen und Aushilfen. Man macht Zugeständnisse oder Verbesserungen um ein halbes oder viertel Prozent. Vor wirklich einschneidenden Maßnahmen schreckt man zurück, weil man entweder den Kampf mit dem zuständigen Haushaltereferenten scheut oder sich ihnen gegenüber nicht durchsetzen kann.

Das Ministerium verweist dabei darauf, daß das wirtschaftliche Wachstum in weiten Kreisen des Zonenrandgebietes größer ist als in der übrigen Bundesrepublik. Es macht darauf aufmerksam, daß die Abwanderung in vielen Teilen des Zonenrandgebietes zum Stillstand gekommen ist.

Das ist in vielerlei Hinsicht zutreffend. Man darf dabei nicht übersehen, daß dieser Raum einen erheblichen Nachholbedarf hat und noch hat. Die Kopfzahl der Industriebeschäftigten liegt großenteils erheblich unter den Landesdurchschnitten. Die Lohn- und Einkommensverhältnisse sind trotz großer Anstrengungen, vor allem auch von seiten der Länder, im Schnitt bis zu 50 Prozent und mehr unter denen der Inlandsgebiete anzusetzen. Von einer wirklichen Krisenfestigkeit ist darum das Zonenrandgebiet noch weit entfernt. Vor allem auf dem Gebiet der Infrastruktur besteht in den meisten Zonenrandländern noch ein ganz erheblicher Nachholbedarf, ohne den die Wirtschaftskraft nicht zu steigern ist.

Wenn man sich hier und auf dem Sektor der Steigerung der Durchschnittseinkommen nicht um großzügige Verbesserungsmaßnahmen bemüht, wird die leichteste Wirtschaftsflaute in diesem Raum verheerende Wirkungen haben, die wir eines Tages auch politisch teuer bezahlen müssen!

## Ausbildungsförderung

Bundesregierung weit im Rückstand

Von Brigitte Freyh, MdB

Die Fragesteller der CDU/CSU-Fraktion mögen nicht wenig überrascht gewesen sein, als sie kürzlich auf die konkreten Fragen ihrer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung nach Verhandlungsstand und Aussichten eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zur Ausbildungsförderung von ihrem Minister Dr. Heck Antworten erhielten, die nicht einmal die geringste Mühe erkennen lassen, die Untätigkeit und Ziellosigkeit der Bundesregierung auf diesem Gebiet zu verdecken.

Vor nunmehr dreizehn Monaten beschloß der Bundestag einstimmig auf Initiative der SED-Fraktion, die Bundesregierung möge unverzüglich mit den Ländern Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen aufnehmen, um die Voraussetzungen für einheitliche, gezielte und ausreichende Förderungsmaßnahmen für alle jungen Menschen zu schaffen. Nach dem Stand dieser Verhandlungen befragt, kann der Minister nur auf das verweisen, was er schon am 10. Februar 1965 vor dem Bundestag erklärte, daß nämlich in seinem Hause die Grundzüge für den Entwurf eines Verwaltungsabkommens erarbeitet seien. Über Verhandlungen ist jedoch nichts zu berichten. Sie haben noch nicht stattgefunden. Aber sie werden auf der nächsten Konferenz des Herrn Bundeskanzlers mit den Herrn Ministerpräsidenten der Länder beginnen. Auch das ist leider nicht neu, denn auch das wurde mit den gleichen Worten bereits in einer Fragestunde angekündigt, allerdings in der Fragestunde vom 25. März 1965.

## Dringlichkeit unbestritten

Die Dringlichkeit einer Neuregelung der Ausbildungsförderung ist im Parlament unbestritten. Seit 1959 haben die Fraktionen sie gemeinsam gefordert. Das Grundrecht der freien Berufswahl darf nicht durch soziale Schranken eingeengt bleiben. Deshalb gehört es zur Verpflichtung eines Staates, der sich als sozialer Rechtsstaat begreift, die Chancengleichheit auch für diejenigen zu sichern, die aus finanziellen Gründen an einer ihrer Begabung entsprechenden Ausbildung gehindert sind.

Gegenwärtig sind von den Ausbildungshilfen viele begabte junge Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Familien ausgeschlossen, weil sie nicht unter die in zahlreiche Einzelmaßnahmen aufgesplitterten Förderungsmöglichkeiten fallen. Die vorhandenen Ausbildungshilfen unterscheiden sich erheblich in den Voraussetzungen und Leistungen - soweit es sich um bundeseinheitliche Regelungen handelt, vom einen zum anderen System bei den Länderhilfen von Land zu Land. Eine Vereinheitlichung und Verbesserung ist deshalb dringend erforderlich.

### Wortreiche Erklärungen - keine Taten

Wie die Antwort des federführenden Ministers zeigt, sieht sich die Bundesregierung jedoch weder von den Problemen her, noch vor den einstimmig gefaßten Beschlüssen des Parlaments zu Taten gedrängt. Mehr als ein Jahr ist vergangen, ohne daß in der Sache der geringste Fortschritt zu verzeichnen wäre. Noch nicht einmal der erste Schritt zu Verhandlungen mit den Ländern ist getan worden. Die Mitglieder der Bundesregierung, der Kanzler an der Spitze, begnügen sich mit wortreichen Hinweisen in Regierungserklärungen und in Reden vor der Öffentlichkeit, deren Gewicht an der Tatenlosigkeit zu messen ist.

Doch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion brachte auch noch eine Überraschung besonderer Art. Falls in absehbarer Zeit kein Verwaltungsabkommen zustandekommen sollte, will die Bundesregierung, wie es in der Antwort wörtlich heißt, "alle ihr zu Gebote stehenden verfassungsrechtlichen Möglichkeiten ausnützen, um die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen nach einheitlichen Grundsätzen und Normen zu erreichen".

### Weiß die Regierung was sie will?

In der letzten Legislaturperiode hatte sich die Bundesregierung von der strikten Ablehnung einer verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Bundes für die Ausbildungsförderung durch das Land Bayern und durch die von Baden-Württemberg und Hessen angemeldeten Zweifel so beeindruckt lassen, daß sie auf eine eigene Initiative verzichtete! Woher kommt also die plötzlich Erkenntnis, doch über verfassungsrechtliche Möglichkeiten zu verfügen? Sollte die Bundesregierung, unbemerkt von Öffentlichkeit und Parlament, doch dem Drängen nach verfassungsrechtlicher Klärung nachgegeben sein? Oder ist diese überraschende Feststellung zu einem Zeitpunkt, wo noch nicht einmal der Gedankenaustausch mit den Ländern begonnen wurde, nur ein erneuter Beweis dafür, daß die Regierung trotz aller schönen Worte die Probleme nicht ernst nimmt und nicht weiß, was sie eigentlich will?

Es zeichnet sich erneut die Gefahr ab, daß die Bundesregierung wie in der 3. und 4. Legislaturperiode die Ausbildungsförderung auf die lange Bank schieben wird. Das Parlament wäre deshalb gut beraten, wenn es seinen Willen durch baldige Annahme des SPD-Antrags vom 17. Mai 1966 Nachdruck verleiht und die Bundesregierung verbindlich zu einem Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Ländern zum 31. Oktober 1966 verpflichtet würde.

## Regierung und Parlament

### Theorie und Praxis eines parlamentarischen Geschäftsführers

Von Wolfgang Jensen

Der Sturm in der CDU/CSU-Fraktion über Barzels Rede ist zunächst abgeklungen. Der Fraktionschef hat Ruhe und Leid erweckt, die Fraktion hat ihm nicht das Vertrauen ausgesprochen und Strauß hat ihm zum Troste Mut attestiert. Neben dem politischen hat die Sache aber noch einen anderen Aspekt. Von ihm soll hier die Rede sein.

In der vergangenen Woche gab es im Bundestag eine Debatte über den SPD-Antrag, daß auf Reden von Regierungsmitgliedern als erstes der abweichende oder oppositionelle Standpunkt dargelegt werden sollte. Dem widersetzte sich der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Will Rasner mit dem Argument, der Bundestag stehe in seiner Gesamtheit der Regierung gegenüber, nicht aber die Regierung und die sie tragenden Parteien und der Opposition. Selten ist eine Theorie so rasch mit einer völlig andersartigen Wirklichkeit konfrontiert worden wie hier; selten hat der Verfechter einer solchen Theorie diese so höchst eigenhändig ad absurdum geführt.

Als Anfang dieser Woche der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär von Hasse, nach der Regierungseinstellung über die Barzelrede gefragt wurde, verwies er auf die Beratungen im CDU/CSU-Fraktionsvorstand. Anschließend verfügte er sich selbst in dieses Gremium, obwohl doch laut Rasner sich Regierung und Parlament gegenüberstehen und jede Gemeinschaft von Regierung und Regierungsparteien theoretisch nicht existiert. Aber mehr noch: Im Anschluß an die Fraktionsvorstandssitzung verlas Parlaments-theoretiker Rasner nicht nur das Vorstandskommuniqué, sondern fügte gleich und ohne den Unterschied deutlich zu machen, ein verschämliches Kanzler-Zitat hinzu, womit er die von ihm selbst geleugnete Gemeinschaft zwischen Regierung und Regierungsparteien eindrucksvoll, wenn auch zum Mißvergnügen seiner Freunde, dokumentierte.

Und noch ein paar Dinge am Rande: Als kürzlich die SPD-Fraktion die interfraktionelle Einbringung eines Gesetzesentwurfes, über dessen Inhalt unter den Abgeordneten kein Streit bestand, betrieb, wurde von der CDU/CSU die Unterschrift mit der Bemerkung verweigert, sie sei gegenüber der Bundesregierung im Wort, solche Dinge ihr zu überlassen. Umgekehrt: Des öfteren schon ließ die Bundesregierung Gesetze durch die Fraktionen der Regierungsparteien einbringen, um die Zeit des ersten Bundesratsdurchgangs einzusparen.

Man sieht, die Wirklichkeit ist anders, als Herr Rasner sie schilderte. Aber es ist hübsch, eine Theorie zu haben, mit der man gegen unbequeme SPD-Anträge zu Felde ziehen und die Langeweile mehrfacher Wiederholungen des Regierungsvandpunktes gegen Wunsch nach lebendiger Rede und Gegenrede verteidigen kann.

Treffpunkt Bukarest

Auswirkungen des chinesisch-russischen Konflikts

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die bereits seit Längem für Ende Juni angekündigte jugoslawische Militärdelegation unter Führung des Verteidigungsministers Ivan Gosnjak hat überraschend ihr Eintreffen in Rumänien auf Ende September verschoben. Auffällig an dieser Meldung ist vor allem, daß die Verschiebung des Reiseterrmins angeblich auf Vorschlag Rumäniens erfolgt sein soll, obgleich schon ein kurzer Blick auf den Terminkalender lehrt, daß vor allem die Jugoslawen an einem anderen und späteren Datum interessiert sein mußten.

Am 16. Juni traf in Bukarest eine chinesische Partei- und Regierungsdelegation unter Führung von Premierminister Tschu En-lai ein, und Belgrad überließ natürlich gerne einer japanischen Partei- und einer ungarischen Regierungsdelegation das bittere Schicksal, von den goldenen Genossen in den Schatten gestellt zu werden; Anfang Juli aber treten in der rumänischen Hauptstadt bereits das politische Komitee des Warschauer Paktes und der Rat des COMECON, der kommunistischen Wirtschaftsorganisation für Arbeitsteilung und "gegenseitige Hilfe", zusammen. Belgrad sah in der Koppelung dieser beiden osteuropäischen Gipfelkonferenzen von vornherein eine geschickt aufgestellte Falle, denn während Tito durchaus bereit ist, mit dem COMECON locker zusammenzuarbeiten, lehnt er nach wie vor eine Kooperation mit dem militärischen Warschauer Pakt ab. Die Anwesenheit einer jugoslawischen Militärdelegation in Bukarest ausgerechnet zum Zeitpunkt einer solchen Konferenz aber hätte die Jugoslawen vor die peinliche Situation gestellt, entweder den eigenen neutralistischen und blockfreien Prinzipien untreu werden zu müssen oder aber durch übereilte Abreise der ganzen Welt die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Belgrad offen vor Augen zu halten.

So bleibt man also lieber den Sommer über im heißen Belgrad und läßt sich vorerst den entgangenen Genuß, das "Paris des Balkans" besuchen zu können, durch die freudige Erkenntnis ersetzen, daß Rumä-

rien den reiseunwilligen Jugoslawen überaus behilflich war, als man die Absage formulieren mußte.

Zwar gibt es eine ganze Reihe von Meinungsverschiedenheiten auch zwischen Bukarest und Belgrad. Sie basieren grundsätzlich auf uralten Aversionen der beiden Völker gegeneinander, die ja auch in den großen Kriegen fast immer eine diametral entgegengesetzte Position eingenommen haben, neuerdings aber vor allem auf dem chinesisch-sowjetischen Konflikt, der in erster Linie auf den Rücken der Jugoslawen ausgetragen, aber von den Rumänen als willkommene Gelegenheit zur eigenen Ver selbständigung betrachtet wird. Von einer Achse Bukarest - Belgrad kann daher keine Rede sein, wie ja überhaupt der gegenwärtige Prozeß in Osteuropa nicht auf Eingehung neuer, sondern Ablösung alter Bindungen abzielt.

Aber eine gewisse Verwandtschaft zwischen den rumänischen und jugoslawischen Standpunkt gegenüber dem Warschauer Pakt kann nicht geleugnet werden: Während Jugoslawien nicht hinein will, möchte Rumänien gerne seine Bande lockern.

Da jedoch die Auflösung des Warschauer Paktes erstens von der Bereitschaft der Sowjetunion, die mit Hilfe Bulgariens Rumänien fest im Griff hat, zweitens von der Entwicklung innerhalb der NATO abhängt, dürfte sich Rumänien auf der bevorstehenden Warschauer-Pakt-Konferenz zunächst darauf beschränken, den tschechoslowakischen Standpunkt zu unterstützen. Wie bekannt ist, konnten beim Besuch Kovotny in der Sowjetunion "nicht alle Fragen geklärt werden". Dabei handelte es sich auch um die Frage der Schlüsselgewalt über die Atomwaffen. Die CSSR besitzt bereits seit 1961 Boden-Luft-Raketen und seit einem Jahr hochentwickelte Boden-Raketen; sie hilft außerdem der Sowjetunion bei der Ausrüstung von Raumschiffen. Ein solches militärisch-wissenschaftlich-technisches Niveau hat in den Tschechoslowaken natürlich Ansprüche erweckt, die zu Lasten einer einseitig sowjetischen Befehls- und Verfügungsgewalt gehen. Daher dürfte es wahrscheinlich die Delegation der CSSR sein, die im Mittelpunkt der Bukarester Militärdiskussion stehen wird, und nicht die Rumäniens.

Auch Bukarest geht in einen heißen Sommer...